Stand: 16.12.2025 01:57:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/14422

"Rettungskräfte in Bayern für besondere Schadenslagen fit machen"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/14422 vom 24.11.2016
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14905 des KI vom 07.12.2016
- 3. Beschluss des Plenums 17/15220 vom 01.02.2017
- 4. Plenarprotokoll Nr. 94 vom 01.02.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

24.11.2016 Drucksache 17/14422

Antrag

der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Verena Osgyan und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rettungskräfte in Bayern für besondere Schadenslagen fit machen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport schriftlich und mündlich über den Stand der Einsatzkonzepte der Rettungskräfte bei Großschadensereignissen wie Terroranschlägen oder Amokläufen in Bayern zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Inwieweit bedürfen bestehende Konzepte für besondere Schadenslagen der Überarbeitung, insbesondere auf Grund der situationsbedingten Bedrohungen für die Retter bei Terror- und Amokeinsätzen (z.B. Zweitschläge) sowie mit Blick auf die bei solchen Gefahrenlagen auftretenden speziellen Verletzungsmuster (Schusswunden, Explosionsverletzungen, etc.)?
- Welchen Stand hat die Aktualisierung bestehender bzw. die Erarbeitung neuer Einsatzkonzepte der Rettungskräfte?
- Wie gewährleistet die Staatsregierung, dass gemeinsame Übungen zwischen Rettungskräften und Polizei bedarfsgerecht und flächendeckend durchgeführt werden können?
- Wie beurteilt die Staatsregierung die Kommunikation und den Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden und den Rettungsorganisationen während besonderer Schadenslagen wie dem Amoklauf am Münchener Olympia-Einkaufszentrum (OEZ) und dem Selbstmordanschlag in Ansbach im Juli 2016?
- Wie beurteilt die Staatsregierung den Stand der Ausrüstung der Rettungskräfte, insbesondere angesichts der besonderen Bedarfe im Falle von Großschadenslagen wie Terror- oder Amokeinsätzen?

Welchen Beitrag leistet der Freistaat zur Unterstützung des von allen Rettungsorganisationen getragenen Ausbildungszentrums für den Bevölkerungsschutz und liegt bereits ein detailliertes Konzept für dieses Ausbildungszentrum vor?

Begründung:

Die Großschadensereignisse der letzten Zeit, wie der Amoklauf am Olympia-Einkaufszentrum (OEZ) in München am 22. Juli 2016 und der Selbstmordanschlag in Ansbach vom 24. Juli 2016, haben gezeigt, dass die Einsatzkonzepte für die Rettungskräfte in Bayern überprüft und angepasst werden müssen. Presseberichten zufolge hatten die Sicherheitskräfte in München und Ansbach nicht die ihnen vorliegenden Informationen zur Lage vor Ort den Rettungskräften mitgeteilt, was aber für die Vorbereitung und Durchführung der Rettungseinsätze wichtig gewesen wäre. Beispielsweise erfolgte in Ansbach die Notfallversorgung der Verletzten an Ort und Stelle, unmittelbar neben dem nur zum Teil explodierten Sprengsatz (Süddeutsche Zeitung, 10.November.2016, Besondere Lagen, http://www.sueddeutsche.de/bayern/sicherheit-besondere-lagen-1.3242680!amp).

Eine Lehre dieser Ereignisse ist, dass besondere Schadenslagen wie Terror- und Amokeinsätze eine besondere konzeptionelle Vorbereitung der Rettungskräfte in Verbindung mit der Polizei erfordern. Die bestehenden Einsatzkonzepte müssen entsprechend aktualisiert werden. Dabei sind auch Erkenntnisse und Erfahrungen der Sicherheitsbehörden anderer Staaten zu berücksichtigen. Die Helfer müssen entsprechend geschult werden. Die Ausrüstung der Retterinnen und Retter ist anzupassen an die besonderen Verletzungsbilder und die Gefahren solcher Einsätze. In die Einsatzkonzepte muss mit einfließen, dass bei solchen Einsätzen typischerweise auch mit Gewalt gegen die Einsatzkräfte am Tatort zu rechnen ist.

Die Rettungsorganisationen brauchen dazu die Unterstützung des Freistaates. Das betrifft in erster Linie die Aktualisierung der Einsatzkonzepte, deren Übung und Umsetzung, sowie den Informationsaustausch mit den Sicherheitsbehörden. Gerade im Falle von Großlagen muss auf gut vorbereitete und ausgerüstete Rettungskräfte Verlass sein. Das gilt nicht zuletzt auch, um die Rettungskräfte bei ihrem lebenswichtigen Einsatz entsprechend zu schützen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport verlangt daher umfangreiche Informationen über den Stand der Einsatzkonzepte der Rettungskräfte und die Bemühungen der Staatsregierung erhalten.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

07.12.2016 Drucksache 17/14905

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs. 17/14422

Rettungskräfte in Bayern für besondere Schadenslagen fit machen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass im Satz 1 die Wörter "im Ausschuss" durch die Wörter "dem Ausschuss" ersetzt und die Wörter "und mündlich" gestrichen werden.

Berichterstatter: Jürgen Mistol
Mitberichterstatter: Norbert Dünkel

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner
 Sitzung am 7. Dezember 2016 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Dr. Florian HerrmannVorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

01.02.2017 Drucksache 17/15220

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Verena Osgyan und Fraktion (BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/14422, 17/14905

Rettungskräfte in Bayern für besondere Schadenslagen fit machen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport schriftlich über den Stand der Einsatzkonzepte der Rettungskräfte bei Großschadensereignissen wie Terroranschlägen oder Amokläufen in Bayern zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Inwieweit bedürfen bestehende Konzepte für besondere Schadenslagen der Überarbeitung, insbesondere auf Grund der situationsbedingten Bedrohungen für die Retter bei Terror- und Amokeinsätzen (z.B. Zweitschläge) sowie mit Blick auf die bei solchen Gefahrenlagen auftretenden speziellen Verletzungsmuster (Schusswunden, Explosionsverletzungen, etc.)?
- Welchen Stand hat die Aktualisierung bestehender bzw. die Erarbeitung neuer Einsatzkonzepte der Rettungskräfte?
- Wie gewährleistet die Staatsregierung, dass gemeinsame Übungen zwischen Rettungskräften und Polizei bedarfsgerecht und flächendeckend durchgeführt werden können?
- Wie beurteilt die Staatsregierung die Kommunikation und den Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden und den Rettungsorganisationen während besonderer Schadenslagen wie dem Amoklauf am Münchener Olympia-Einkaufszentrum (OEZ) und dem Selbstmordanschlag in Ansbach im Juli 2016?
- Wie beurteilt die Staatsregierung den Stand der Ausrüstung der Rettungskräfte, insbesondere angesichts der besonderen Bedarfe im Falle von Großschadenslagen wie Terror- oder Amokeinsätzen?
- Welchen Beitrag leistet der Freistaat zur Unterstützung des von allen Rettungsorganisationen getragenen Ausbildungszentrums für den Bevölkerungsschutz und liegt bereits ein detailliertes Konzept für dieses Ausbildungszentrum vor?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

- Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 6. Dezember 2016 (Vf. 15-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 - der Art. 28 Abs. 4 sowie Art. 29 Abs. 3 und 5 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBI. S. 277, ber. S. 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch Art. 10a Abs. 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBI. S. 178) geändert worden ist,
 - der Art. 29 und 45 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2006 (GVBI. S. 834, BayRS 2021-1/2-I), das zuletzt durch Art. 10a Abs. 4 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBI. S. 178) geändert worden ist,
 - des Art. 4 Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes über die Wahl der Bezirkstage (Bezirkswahlgesetz – BezWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 2003 (GVBI. S. 144, BayRS 2021-3-I), das zuletzt durch § 2 Abs. 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 23. Februar 2015 (GVBI. S. 18) geändert worden ist.

PII/G1310.16-0012 Drs. 17/15135 (G)

Die Verfassungsstreitigkeit wird in der nächsten Plenarsitzung gesondert beraten

- Schreiben des Bundesverfassungsgerichts Zweiter Senat vom 11. November 2016 (2 BvR 166/16) betreffend Verfassungsbeschwerde
 - 1. unmittelbar gegen
 - a) den Beschluss des Oberlandesgerichts Nürnberg vom 28. Dezember 2015 2 Ws 782/15 –,
 - b) den Beschluss der auswärtigen Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Regensburg mit dem Sitz in Straubing vom 25. November 2015 – SR StVK 652/15 –
 - 2. mittelbar gegen Art. 46 Abs. 2 BayStVollzG PII-G1320-16-0001

Drs. 17/15147 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
- II. Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht über die Kooperation von Mittelschule und Realschule Drs. 17/11834, 17/15076 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Integration junger Flüchtlinge nicht gefährden – Keine Absenkung der Standards bei den Hilfen für Kinder und Jugendliche Drs. 17/12018, 17/15067 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Rechte der Menschen mit Behinderung schützen – Bundesteilhabegesetz in jetziger Form konsequent ablehnen Drs. 17/12628, 17/15068 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
A	A		A	
die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat beantragt, das Votum "Zustimmung" zugrunde zu legen				

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayerisches Bier gentechnikfrei halten Drs. 17/13069, 17/15116 (ENTH)

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 S. 3 BayLTGeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath u.a. und Fraktion (CSU) Reform des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA) Drs. 17/13314, 17/15070 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

8.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Bernhard Roos u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) Drs. 17/13329, 17/15037 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	团	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Überprüfung des Tierschutzes in Schlachthöfen Drs. 17/13413, 17/14871 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

Anlage 1
zur 94. Vollsitzung am 1. Februar 2017

10.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht zum Stand der Umrüstung des Forschungsreaktors FRM II Drs. 17/13660, 17/14872 (E)				
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
11.	Antrag der Abgeordne Dr. Karl Vetter u.a. und Gesundheitskosten für Drs. 17/13663, 17/150	d Fraktion (FREIE WÄl Asylbewerber aus Ste	HLER)		
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A		A	
12.	. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Stefan Schuster, Horst Arnold u.a. SPD Keine Wiedereinführung der Regelanfrage beim Landesamt für Verfassungsschutz bei der Berufung in das Richterverhältnis Drs. 17/13685, 17/14986 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A	Z	
13.	Antrag der Abgeordne Josef Zellmeier u.a. C Kommunikationsstrukt Drs. 17/13714, 17/150	SU uren im Bereich Kritisc		RITIS)	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

14.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU) Bankenkredite für den Mittelstand nicht durch übermäßige Regulierung verteuern Drs. 17/13814, 17/15040 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
15.	 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD) Sicherung guter Finanzierungsbedingungen für die mittelständischen Unternehmen Drs. 17/13825, 17/15041 (E) Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologi 				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	_	_	_	_	
				Z	
16.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Keine Überregulierung im deutschen Bankensektor Drs. 17/13826, 17/15043 (E) Votum des federführenden Ausschusses für				
	Wirtschaft und Medien	, Infrastruktur, Bau und		· ·	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	Z		Z	Z	
17.	 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Wildlebensraumberatung in Bayern erhalten und in die Ausbildung an den Landwirtschaftsschulen integrieren Drs. 17/13881, 17/15117 (A) 				
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	团	团	Z	
		_		_	

Anlage 1
zur 94. Vollsitzung am 1. Februar 2017

18.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD) Insolvenzberatung zukunftsfähig machen! Drs. 17/14107, 17/15073 (A)				
	Votum des federführer Staatshaushalt und Fir				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
19.	Dringlichkeitsantrag de Johann Häusler u.a. ur Abwanderung von Spit Drs. 17/14108, 17/150	nd Fraktion (FREIE W. tzentechnologie verhin	ÄHLER)	treibl,	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			A	
20.	Dringlichkeitsantrag de Florian von Brunn, Kla Reform der Lebensmit Desinformation, Bürok Drs. 17/14109, 17/148	us Adelt u.a. und Frak telüberwachung: Tran ratieaufbau und Selbs	tion (SPD) sparenz und echte Re	formen statt	
	Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
21.	Antrag der Abgeordne Bäuerliche Strukturen stärkere Förderung de Drs. 17/14113, 17/151	in Bayern sichern – r ersten Hektare bei A			
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			A	

	A	Я	Я	7
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Votum des federführer Staatshaushalt und Fir			
25.	Antrag der Abgeordne Hans-Ulrich Pfaffmanr Zweckentfremdung vo Drs. 17/14153, 17/150	n u.a. SPD n Bundesmitteln beend		oessern!
	团			Z
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
24.	Dringlichkeitsantrag de Rosi Steinberger u.a. v Neuorganisation der L Offenlegung der Aktivi Drs. 17/14135, 17/148	und Fraktion (BÜNDNI ebensmittelkontrolle – täten der Staatsregier	S 90/DIE GRÜNEN)	lartmann,
	A			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
23.	Dringlichkeitsantrag de Benno Zierer u.a. und Neustrukturierung der angemessene Persona Drs. 17/14134, 17/148	Fraktion (FREIE WÄH Lebensmittelüberwach alausstattung sowie ur	LER) nung in Bayern: Wir fol	rdern eine
	A			Z
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
22.	Antrag der Abgeordne Direktvermarktung in E Drs. 17/14114, 17/151	Bayern fördern – Offen		

26.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Einführung eines bayerischen Monitoringprogramms für Kormoran, Graureiher und Silberreiher nach dem Vorbild in Sachsen Drs. 17/14154, 17/14877 (A)
	Votum des federführenden Ausschusses für

Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bundesweites Gentechnikanbauverbot wasserdicht machen! Drs. 17/14210, 17/14878 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Der Einfluss von Social Bots auf das politische Geschehen in Bayern Drs. 17/14219, 17/14906 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Laubbläser und Laubsauger auf staatlichen Liegenschaften Drs. 17/14220, 17/14879 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

Anlage 1
zur 94. Vollsitzung am 1. Februar 2017

30.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Rettungskräfte in Bayern für besondere Schadenslagen fit machen Drs. 17/14422, 17/14905 (E) Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Le und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zahl der Drogentoten senken: Rezeptfreie Naloxonabgabe in Apotheken Drs. 17/14224, 17/15072 (A)				
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
32.	2. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Inge Aures u.a. SPD Sonderprogramm ausweiten: Aufnahme einzelner Kommunen außerhalb der ausgeschriebenen Fördergebiete Drs. 17/14312, 17/15074 (A)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	Z	Z
33.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathi Petersen, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD) Drohende Schließung des Schaeffler-Werks im Markt Elfershausen Drs. 17/14412, 17/15046 (E)			
Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Tech				d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z	Z

34.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Erwin Huber, Joachim Unterländer, Sandro Kirchner u.a. CSU Geplante Verlagerung des Schaeffler-Werks im Markt Elfershausen aktiv begleiten Drs. 17/14463, 17/15047 (E)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
35.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Schaeffler-Standort Elfershausen erhalten Drs. 17/14483, 17/15048 (A)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		Z	Z
36.	Antrag der Abgeordneten Dr. Hans Reichhart, Kerstin Schreyer, Ernst Weidenbusch CSU Linksextreme Agitation im Landkreis München Drs. 17/14469, 17/14985 (E)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z			Z
37.	Dringlichkeitsantrag d Prof. (Univ. Lima) Dr. Gleichberechtigung be Drs. 17/12138, 17/150	Peter Bauer u.a. und F ei Hochwasserhilfe	ert Aiwanger, Florian Si Fraktion (FREIE WÄHL	treibl, ER)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat